Die Congreß-Untersuchungen.

Wie Verleumdungen gründlich widerlegt werden.

Die Untersuchung im Schatzamt der Ver. Staaten.
Die Anschuldigungen gegen General-Postmeister Creswell.
Die Untersuchung im New York Zoll-Amte.

Eine gründliche Untersuchung des Schatzamtes. — Wo und wie das öffentliche Geld aufbewahrt wird. — Eine kurze Skizze über Onkel Sam's Geldkasten und seine Verwahrer. — Ehrlichkeit der gegenwärtigen Administration und ihrer Beamten. Eine Historie ohne Parallele.

Es wird mit Recht behauptet, daß Geld der Nerv des Krieges und des Friedens ist. Jede Unternehmung, sei sie öffentlicher oder privater Natur, ist auf den Besitz des Geldes basirt. Ein leerer Schatz würde sehr bald öffentlichen Bankerott und Ruin zur Folge haben, während ein gefüllter Schatz unter weiser und sparsamer Verwaltung den National-Credit unendlich heben, die allgemeine Wohlfahrt befördern, sowie Handel und Industrie anregen müssen. Dieser wohlthätige Einfluß ist nicht auf irgend welche Klasse oder Lokalität beschränkt, sondern ist allgemein und erstreckt sich auf die entfernteste und einsamste Hütte.

Es ist deshalb ein besonderes Studium der mit den Finanzen betrauten Beamten, einen vollen Schatz und einen unbeschränkten Credit aufrecht zu erhalten, ohne daß das Volk mit einer übermäßigen Besteuerung belastet wird.

Um dieses zu erreichen, sind nicht nur geeignete Depositen-Anstalten, sondern auch ehrliche Verwalter der öffentlichen Gelder und eine strenge Controlle des ganzen Schatzamtes nothwendig. In dieser Beziehung hat keine frühere Administration, weder eine republikanische noch eine demokratische, diesem wichtigen Gegenstande eine solche sorgfältige Aufmerksamkeit gewidmet, wie die gegenwärtige Administration und sicher ist es, daß seit den Tagen von Hamilton wir keine vertrauenswürdigeren und rechtschaffeneren Verwalter der öffentlichen Gelder gehabt haben, als gegenwärtig. Die Bücher und Rechnungen sind in der größten Ordnung und geben Auskunft über jeden Dollar, der eingenommen und ausgegeben ist.



So berichtet unter vollem Nachweis der Vereinigten Staaten Assistent-Schatzmeister in New York, dessen Einnahmen und Ausgaben seit 1869 sich im Durchschnitt auf 1200 bis 1500 Millionen Dollars per Jahr belaufen, daß jeder Dollar genau berechnet ist. Aehnliche Berichte laufen von allen andern Assistent-Schatzamts-Beamten ein, mit Ausnahme des Schatzmeisters selbst, dessen Rechnung ein Deficit von $49,308.17 zeigt, auf das wir später zurückkommen werden.

Unter früheren demokratischen Administrationen war es nichts Neues, von Zeit zu Zeit durch Nachrichten über Veruntreuung öffentlicher Gelder und schwere Verluste überrascht zu werden, so zum Beispiel wurde über eine Million Dollars durch das

New Orleans, La., Schatzamt

verloren; fernere Verluste von über zweihundert Tausend Dollars durch das Fallissement der Venango National Bank in Franklin, Pa., fünfzig tausend Dollars durch die 1. National-Bank in Selma, über zwanzig tausend Dollars durch das Depositorium in Louisville, ereigneten sich unter früherer Administration, nicht zu gedenken der vielen anderen Balanzen von Regierungs-Geldern, welche durch verrätherische demokratische Beamten an die Rebellen am Anfange des Krieges überliefert worden waren. Nicht eine einzige ähnliche Veruntreuung hat unter der gegenwärtigen Administration stattgefunden.

Es ist zwar wahr, daß der Finanzminister ungefähr ein Jahr zurück die Untersuchung eines entfernten Vereinigten Staaten Depositoriums angeordnet, und daß sich ein Deficit von ungefähr achtundzwanzig tausend Dollars herausgestellt hat, allein diese Summe wurde sofort zurückerstattet, die betreffenden Beamten aber wurden ihres Dien-

ſtes entlaſſen. Zwei kleinere Räubereien wurden von Leuten ausgeführt, die nicht im Dienſte der Regierung ſtanden; die eine im Pittsburgh, Pa., Depoſitorium im Betrage von neunhundert neunzig Dollars und die andere im Schatzamte zu New Orleans, La., im Betrage von fünftauſend achthundert und fünfzig Dollars; beide Summen wurden jedoch von den Beamten dieſer Inſtitute prompt zurückerſtattet. Es bleibt uns daher nur die Veruntreuung von $49,308.17 durch S. Johnſon und F. A. Marden übrig, letztere beide Clerks im Vereinigten Staaten Schatzamte und unter Lincoln's Regierung angeſtellt. Mit dieſer Ausnahme wurde nicht Ein Dollar, weder im Haupt-Schatzamte noch in den Depoſiten-Anſtalten, unter Grant's Regierung, verloren.

Was für ein überaus günſtiger Bericht dieſes iſt, kann man ermeſſen, wenn man die Total-Einnahmen und Ausgaben der Regierung ſeit dem 4. März 1869 in Betrachtung zieht, welche die Summe von $4,515,695,737 erreichen.

Ohne Zweifel hat das durchgreifende Syſtem ſtrenger Oberaufſicht und genauer Unterſuchungen unter dem gegenwärtigen Finanzminiſter ſehr viel zu dieſem günſtigen Reſultate beigetragen.

Vollſtändig und durchgreifend.

Um auf unſeren urſprünglichen Gegenſtand, die Unterſuchung des Vereinigten Staaten Schatzamtes, zurückzukommen, müſſen wir geſtehen, daß keine Unterſuchung, welche von dem Congreſſe beordert worden, ſo vollſtändig und durchgreifend geweſen iſt, als diejenige des Vereinigten Staaten Schatzamtes, welche unter der Leitung des Finanzminiſters und der Congreß-Committee vor wenigen Monaten durchgeführt wurde. Das Reſultat deſſelben wurde im Executive Document, No. 288—42 Congress, Second Session, dem Congreſſe und dem Volke im Allgemeinen mitgetheilt. Dieſes deutliche und praktiſche Dokument, welches die Größe und den Umfang der Geſchäfte des Schatzamtes begreiflich macht, zeigt ebenfalls, mit welcher Sorgfalt und Treue dieſelben ausgeführt werden.

Das Committee, welches den Bericht machte, beſtand aus zwei erfahrenen und wohlbekannten Bankiers und einigen von den fähigſten Clerks im Departement, welche mit dem Geſchäftsgange deſſelben ſehr vertraut ſind. Die zwei Bankiers wurden deshalb zum Committee herangezogen, um dem Publikum mehr Satisfaktion zu geben, und da dieſelben ſich ſtark zur demokratiſchen Partei hinneigten, ſo kann die Beſchuldigung eines weißwaſchenden Committees gewiß nicht erhoben werden.

Das Schatzamt.

Die Bücher des Schatzamtes zeigten zur Zeit der Unterſuchung ein Debit von $1,038,857,743.16, während der Credit nur $1,038,808,434.99 betrug; das ſich hiernach ergebende Deficit von $49,308.17 wurde, wie oben angegeben, von Johnſon und Marden veruntreut.

Wenige Perſonen können ſich eine richtige Vorſtellung machen, wie groß einestheils die Summe von Einem tauſend Millionen Dollars und wie ſehr klein anderntheils das Procent des Verluſtes iſt, zumal wenn man weiter berückſichtigt, daß dieſe enorme Summe Geldes die Hände von tauſenden von Beamten paſſiren mußte.

Verluſt durch Unehrlichkeit.

Der totale Verluſt des Schatzamtes beträgt, wie oben bereits angegeben, $49,308.17, während alle Einnahmen und Ausgaben des Schatzamtes und der Zweig-Anſtalten ſeit dem 4. März 1869 (Amtsantritt des Präſidenten Grant) folgende Zahlen ausweiſen:

Für das 1. Quartal, am 30. Juni 1869 endigend $363,934,538 12
Für das Fiscal-Jahr am 30. Juni 1870 endigend $1,412,621,176 05
Für das Fiscal-Jahr am 30. Juni 1871 endigend $1,359,881,372 67
Für das Fiscal-Jahr am 30. Juni 1872 endigend $1,379,258,650 16

Wie geſagt, dieſe Gelder paſſirten durch die Hände von Tauſenden von Beamten, angeſtellt von einer republikaniſchen Regierung und meiſtentheils aus den Reihen der republikaniſchen Partei.

Es gibt vielleicht kein Privat-Etabliſſement, welches in Proportion und in derſelben Zeit weniger Verluſte aufzuweiſen hat; wir durfen mit den eigenſten Worten des Committee's ſagen: „In Betracht des ungeheuren Umfangs der Regierungsgeſchäfte erklären wir das Reſultat der Unterſuchung als äußerſt ſchmeichelhaft für die betreffenden Beamten des Schatzamtes."

Es iſt daher die gebieteriſche Pflicht für Alle, welche ein Intereſſe an der allgemeinen Wohlfahrt des Landes haben, eine ſo treue und ſichere Regierung kräftigſt zu unterſtützen und für die bevorſtehende Wahl energiſch zu empfehlen.

Rechtfertigung des General-Poſtmeiſters Creswell gegen erhobene Anſchuldigungen.

Am 8. Januar 1872 erſchien in dem "Daily Patriot", der in Waſhington erſcheinenden demokratiſchen Zeitung, ein Artikel mit langer und ins Auge fallender Ueberſchrift: Von Poſt-Räubereien u. ſ. w.

In dieſem Artikel wird der General-Poſtmeiſter Creswell angeklagt, das Haupt einer Organiſation von untergeordneten Beamten zu ſein, welche im Einverſtändniß mit Contraktoren die Regierung unter der Form des Geſetzes, um coloſſale Summen beſchwindelten; ferner ſoll Herr Creswell nach jenem berüchtigten Artikel dieſes Beraubungsſyſtem ſo lange ſorgfältig verheimlicht haben, bis unzufriedene Contraktoren daſſelbe in der Preſſe publik

gemacht hätten. Die einzelnen Anschuldigungen des „Patriot" beziehen sich namentlich auf den Contrakt zu Beförderung der Post durch verschiedene Theile des Landes, sowie auch betrügerische Gebote der Contraktoren u. s. w.

Untersuchung durch Congreß.

Auf das eigene Ansuchen des General-Postmeisters brachte am 12. Januar 1872 Herr Farnsworth, Vorsitzender des Post-Office Committees, im Hause der Repräsentanten, die folgende Resolution, mit einstimmiger Erlaubniß, ein, wonach das genannte Committee beauftragt wurde, die Contrakt-Angelegenheiten des Post-Office Departements bezüglich der Transportation der Post zu untersuchen und das Resultat dem Hause zu berichten.

Das Committee vernahm eine Masse von Zeugen, um der Wahrheit auf den Grund zu kommen; die Untersuchung wurde auf die ganze Zeitdauer der Verwaltung des General-Postmeisters ausgedehnt. Der Bericht ist von sechs Mitgliedern des Committees unterzeichnet, nämlich: J. F. Farnsworth, Vorsitzender; John Hill, James N. Tyner, S. O. Houhton, Ginery Twichell und Charles H. Porter; er ist veröffentlicht im Report No. 38—42 Congress, Second Session, und zwar in Begleitung eines

Minoritäts-Berichts

welcher letztere von 3 Mitgliedern des Committees unterzeichnet ist, nämlich: P. Van Trump, Samuel J. Randall und John M. Carroll.

Der Minoritäts-Bericht sagt, daß der Artikel im Patriot von Col. J. McKibben geschrieben sei.

Wir wollen versuchen, die schweren Anklagen so kurz als möglich zu gruppiren und mit dem Resultate der Beweis-Aufnahme vergleichen. Die Minorität erhebt zunächst Beschuldigung gegen sogenannte Strohgebote und wegen Verheimlichung derselben in den officiellen Berichten des Herrn Creswell. Die Beweise zeigen jedoch, daß der Congreß auf besonderen Antrag des Herrn Creswell am 5. Mai 1870 eine Resolution passirte, durch welche die nöthigen Vorsichtsmaßregeln gegen derartige Strohgebote getroffen wurden. Von einer Verheimlichung der Mißbräuche kann nicht die Rede sein, da deren Abschaffung von Herrn Creswell selbst mehrfach beantragt worden ist.

Es ist ferner erwiesen, daß schon lange vor dem 5. Mai 1870 der Congreß über die Dringlichkeit neuer Gesetze gegen betrügerische Angebote für Contrakte von Herrn Creswell unterrichtet worden ist.

Die Minorität nimmt ferner folgende

Schwerere Anklagen

auf. — Die Anklage ist, daß Herr Creswell die Post-Contrakte im Südwesten ohne Ausnahme mit dem niedrigst Bietenden in Gemäßheit der 24ten Section des Aktes vom 2. Juli 1836 gemacht und versucht, habe den Congreß zu täuschen, indem er an einem widerrufenen oder veralteten Gesetze festhalte. Herr McLellan, früher zweiter Assistent-General-Postmeister bezeugte, daß Contrakte nicht unter dem Gesetze von 1836, sondern unter dem Act vom 3. März 1845 gemacht worden, indem das Letztere dem General-Postmeister mehr Freiheit erlaubt. Die Minorität quotirt den Act von 1845, unterläßt jedoch den Unterschied der beiden Gesetze anzugeben. Faktisch besteht kein Unterschied, soweit es unsere Frage betrifft. Der frühere Akt beschreibt in der 27ten Section die Art der Sicherheit, welche geleistet werden soll, so daß dieser Act, anstatt veralter oder widerrufen zu sein, wirklich nothwendig ist, den Act von 1845 zu erklären. Die Annahme, daß Herr Creßwell das Gesetz absichtlich ignorirt und sich ausschließlich nach einem veralteten Gesetze gerichtet habe, erscheint nach der Zeugenaussage des James N. Davis und E. L. Childs, auf welche sich die Minorität bezieht, geradezu absurd.

Absichtliche Verletzung des Gesetzes.

Die Minorität, gestützt auf die Aussage des Herrn McLellan, erklärt, daß man unter der früheren Verwaltung der General-Postmeister Blair und Randall, der Scale der Angebote aufwärts gefolgt, und daß der Contrakt immer derjenigen Person offerirt sei, welche ein vernünftiges Angebot gemacht habe. Sie erklärt weiter, daß der General-Postmeister vollständig berechtigt ist, irgend ein vernünftiges Angebot, über dem betrügerischen oder Stroh-Angebote, anzunehmen, und daß viele bekannte und verantwortliche Personen vorhanden seien, welche Contrakte für die Hälfte der gezahlten Summe übernommen haben würden. Das Zeugniß von Herr McLellan, daß unter Blair's und Randall's Verwaltung die Steigerung der Scale eingehalten worden sei, ist durch das Zeugniß von den Herren Childs und Davis widerlegt, indem dieselben aussagen, daß der Gebrauch unter den verschiedenen Verwaltungen differirt und variirt hat.

Herr Childs bezeugte, daß in den meisten Fällen die Postrouten zum zweiten Male ausgeschrieben und sobald als möglich auf's neue contrahirt worden sind, in der Zwischenzeit jedoch der Postdienst durch temporäre Contrakte aufrecht erhalten ist, wozu die Section 23 des Gesetzes von 1836 besonders autorisirt. Dieses ist genau der Weg, welchen Herr Creswell verfolgt hat; derselbe ist auch gerechtfertigt durch die unzweifelhafte Auslegung des Gesetzes, und durch viele vorhergehende Beispiele.

Die Minorität kommt sodann auf den Fall der

Oroville und Portland Routen

zu sprechen, und erklärt, daß der General-Postmeister zweimal das Gesetz verletzt habe, indem er den Contrakt von Oroville, Cal., nach Portland, Oregon ausgegeben, und eine unnöthige Ausgabe von nahe $200,000 gemacht haben soll. Die Ausschreibung der Angebote verlangte einen täglichen Post-Dienst oder sieben Mal per Woche. Ein gewisser John Alman bot $95,900 für sechs Mal per Woche, während Gilman und Saulsbury $98,400 für sieben Mal per Woche boten. Der Contrakt sei aber Alman gegeben, welcher sich als einen betrügerischen Applikanten ausgewiesen hat, und in Rücksicht dessen sei der Contrakt sodann [illegible] für die enorme Summe von $43,0[illegible]

und Saulsburys Angebote hinaus auf 4 Monate ausgegeben worden, so daß die ganze Mehrausgabe über das verworfene Angebot sich am Ende der Contraktzeit auf $180,000 belaufen habe.

Der wahre Hergang der Sache zeigt indessen

Einen verschiedenen Nachweis.

Die Akten in dem Post-Office Departement weisen nach, daß Gilman und Saulsbury unter ihrem Angebote von $98,400 zu dem Contrakte nicht berechtigt waren, indem ein niedrigeres Angebot, und zwar das Angebot von Theo. Lee für $80,000 in gehöriger Form gemacht, und dasselbe unter Beobachtung der Gesetze und Instruktionen von dem Departement am 14. März 1870 angenommen worden war. Der Contrakt wurde dem Theodore Lee zufolge Congreß-Resolution vom 5. Mai 1870 gegeben. Das Departement verlangte die gesetzmäßige Sicherheit für diesen Contrakt bis zum 10. Juni. Da dieselbe jedoch nicht geleistet wurde, so beanspruchten Gilman und Saulsbury den Contrakt als die zunächst niedrig bietenden. Alman beanspruchte ebenfalls den Contrakt unter seinem erwähnten Angebote. Der einzige Weg, welcher übrig blieb, war, wie die Resolution vom 5. Mai ...) ausdrücklich vorschreibt, nämlich daß der Con-...t mit solchen Parteien abgeschlossen werden soll, ...che die niedrigsten Gebote machen. Der General-Postmeister hielt jedoch mit den betr. Parteien eine Zusammenkunft am 22. Juni 1870 und gab ihnen Gelegenheit, ihre Ansprüche geltend zu machen. In Folge dieser Zusammenkunft wurde das verwirkte Angebot von Lee bei Seite gesetzt, und der Contrakt dem Alman für $95,900 per Jahr (täglicher Dienst) gegeben. Die Contrakte wurden denselben Tag geschrieben und Alman eingehändigt mit dem Bemerken, denselben schleunigst auszufertigen und zurückzuerstatten. Alman hat jedoch dieser Order nicht entsprochen. Alle übrigen Mitbieter lehnten ebenfalls die Annahme eines Contraktes ab. In Ermangelung irgend einer Antwort von einem niedriger Bietenden wurde der Contrakt am 7. September 1870 Hill Beachy, von Elko, Nevada, für die Summe von $158,000 per Jahr übertragen; allein Hill Beachy trug mittelst Briefes auf die Annullirung seines Contraktes an. Der Contrakt wurde demgemäß annullirt. Der General-Postmeister wendete sich sodann persönlich an Jesse D. Carr, Ch. M. Cartwright und B. Barlow, drei Bietende, welche den Dienst nicht verweigerten und ersuchte dieselben, ihre Propositionen einzureichen. — Dieselben machten folgende Gebote: Carr $150,000 per Jahr, Cartwright $136,000 und Barlow $134,000. Von diesen Angeboten acceptirte der General-Postmeister das niedrigste und ein Contrakt wurde beordert, welcher nicht später als den 1. Dezember 1870 in Kraft treten sollte.

Herrn Creswell's Rechtfertigung.

Unter allen möglichen Schwierigkeiten und vielfachen Bemühungen ist es endlich dem General-Postmeister gelungen, den Postdienst von Oroville, Col., nach Portland, Oregon, für $134,000 per Jahr an den niedrigst Bietenden auszugeben, wodurch dem viel theueren temporären täglichen Post-Dienst ein Ende gemacht wurde. Die Minorität sagt jedoch, daß dieses eine direkte Verletzung des Gesetzes sei, indem ein öffentliches Ausgebot unterlassen worden wäre. Allein die erwähnte Resolution vom 5. Mai 1870 ermächtigte den General-Postmeister zu diesem Schritte und überdies der Umstand, daß alle früheren Bieter zurücktraten, rechtfertigte um so mehr seine Handlung, als der temporäre Postdienst dem Gouvernement zu theuer zu stehen kam.

Der Majoritäts-Bericht.

Die Majorität des Committees resumirt alle Thatsachen in ihrem Berichte, soweit sie durch Zeugenaussagen bestätigt sind. Sie sagen, daß das System der betrügerischen Angebote eine moderne Erfindung sei, sich nur auf drei bis vier Administrationen zurück datire, in neuerer Zeit jedoch solche Dimensionen angenommen habe, daß es für den General-Postmeister unmöglich wurde, auf dem regelmäßigen Wege anders als für übermäßige Preise den Postdienst für wichtige Routen zu sichern. Sie beschreiben das System und erklären die Gesetze von 1870 und 1871 als unzureichende Versuche des Congresses, das Uebel zu heilen.

Der Majoritäts-Bericht schließt folgendermaßen: „Es kann nicht bestritten werden, daß der General-Postmeister den temporären Postdienst zu den möglichst günstigsten Bedingungen gesichert hat. Der Postdienst wird gewöhnlich durch reguläre Contraktoren geleistet, welche eine vollständige Einrichtung zu diesem Zwecke bereit und deßhalb einen großen Vortheil gegen Andere haben, welche dazu nicht vorbereitet sind. Die Klage gegen den General-Postmeister scheint diese zu sein, daß derselbe die Verantwortlichkeit hätte übernehmen sollen, mit dem zunächst niedrigst Bietenden zu contrahiren, obgleich der allerniedrigst Bietende seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist. Es ist zwar möglich, daß der General-Postmeister irgend Jemand für den temporären Postdienst zu einer billigeren Summe hätte sichern können; das Committee ist jedoch der Ansicht, daß ein Ver. Staaten Beamter kein Recht hat, das Gesetz wegen Ersparnissen zu umgehen. Würde solche Willkührlichkeit erlaubt sein, so würde sehr bald die Verantwortlichkeit der öffentlichen Beamten ein Ende haben. Das Committee ist deßhalb der Meinung, daß die Handlungsweise des General-Postmeister nicht allein durch das Gesetz und die obwaltenden Verhältnisse gerechtfertigt ist, sondern sogar in hohem Grade weise und sachgemäß erscheint.

Das praktische Resultat dieser Committee-Investigation war die vollständige Freisprechung des General-Postmeisters von allen erhobenen Anschuldigungen; gleichzeitig hat dieses Committee eine Bill reportirt, welche beide Häuser des Congresses passirten, und welche alle diese mit dem erwähnten Postdienste verbundene Uebelstände für die Zukunft beseitigt.

Die New York Custom-Haus-Untersuchung.

Seit einigen Jahren wurde sehr viel über die schlechte Verwaltung des New York Custom-Hauses gesprochen und geschrieben, und da in der Meinung der Ankläger alle Anklagen in monströsen Betrügereien bestehen, so ist es wohl für das Publikum sowie die ganze Handels-Communität wünschenswerth, die Thatsachen und eingeführten Reformen hier anzugeben.

Es mag dem allgemeinen Publikum unbekannt sein, daß in der That das Geschäft des New York Zollhauses viel größer ist, als die Geschäfte aller Zollhäuser in den Vereinigten Staaten zusammen genommen. Ebenfalls ist es zu wenig bekannt, daß die Ausgaben für Collektirung des Zolles im New York Zollhaus ein weit kleineres Prozent ausweisen, als irgendwo anders, wie die folgende officielle Tabelle der fünf größten Eingangshäfen für die Jahre 1870, 1871 und 1872 zeigen wird:

Die Tabelle, welche die Einnahmen und Ausgaben in den hierunten genannten Zollämtern, während des am 30. Juni 1870 endigenden Fiscal-Jahres, sowie die Proportionen der Kosten zur Collection, nachweist, ist die folgende:

District.	Einnahmen.	Kosten.	Summa.	Ausgaben.	Proportion.
Boston	$18,747,331 57	$122,146 27	$18,869,480 84	$642,[illegible]73 99	3½ Cents.
New York	12[illegible],69[illegible],023 91	[illegible]37,[illegible]8[illegible]	130,[illegible]8,995 13	2,33[illegible],918 6[illegible]	1¾ Cents.
Philadelphia	8,[illegible]3[illegible],7[illegible]5 5[illegible]	[illegible]6,[illegible]4 68	[illegible],8[illegible],[illegible]0 17	40[illegible],[illegible]2[illegible]	[illegible]¾ Cents.
Baltimore	[illegible],[illegible]8,358 [illegible]	4[illegible],33[illegible]	[illegible],7[illegible],0[illegible]2[illegible]1	3[illegible]4,0[illegible]2[illegible]5	3¼ Cents.
New Orleans	5,[illegible]7[illegible],01[illegible] 61	50,1[illegible]9 46	5,[illegible]21,[illegible]10 07	57[illegible],[illegible]62 [illegible]7	10¼ Cents.

Tabelle, welche die Einnahmen und Ausgaben in den hier unten genannten Zollämtern während des am 30. Juni 18[illegible] endigenden Fiscal-Jahres, sowie die Proportionen der Kosten zur Collection nachweist:

District.	Einnahmen.	Kosten.	Summa.	Ausgaben.	Proportion.
Boston	$[illegible]0,88[illegible],286 61	$127,[illegible]70 71	$2[illegible],016,057 3[illegible]	$713,885 50	3½ Cents.
New York	141,[illegible]83,615 [illegible]4	[illegible]5[illegible],8[illegible]1 03	142,345,[illegible]5 [illegible]	2,38[illegible],9[illegible]7 [illegible]	1⅝ Cents.
Philadelphia	7,[illegible]54,526 3[illegible]	45,162 85	7,299,6[illegible]9 [illegible]2	413,5[illegible]8 [illegible]1	[illegible]¾ Cents.
Baltimore	8,9[illegible]3,759 68	[illegible]2,894 [illegible]8	8,[illegible]9[illegible],[illegible]51 0	34[illegible],3[illegible]7 7[illegible]	3⅞ Cents.
New Orleans	6,022,722 76	6[illegible],[illegible]0 07	6,091,842 83	499,[illegible]9[illegible] 11	[illegible]¼ Cents.

Der gesammte Eingangszoll für die Vereinigten Staaten betrug für das Fiscal-Jahr, am 30. Juni 1872 endigend, $215,024,497.91 in Münze und $917,289.99 in Papiergeld. Von dieser Summe wurden $148,981,777.73 in New York collektirt, mit einem Kostenaufwand von $2,305,514.60 oder 1½ Procent. Die Zahlen, welche von den officiellen Berichten genommen sind, beweisen die erstaunliche Größe der öffentlichen Geschäfte im New Yorker Zollhause, sie sind fünf mal größer als die Geschäfte des größten Geschäftshauses in der Stadt New York.

Aus den obigen Zahlen geht weiter hervor, daß drei Viertel der ganzen Zolleinnahme der Vereinigten Staaten im Hafen von New York collektirt werden.

In Folge des ungemein großen Import-Geschäftes in New York hat das Aufspeichern von sogenannten „General Order" Waaren eine öffentliche Notorietät erlangt. Damit Jedermann versteht, was ein sogenanntes General Order-Geschäft zu bedeuten hat, so lassen wir hier eine kleine Beschreibung desselben folgen. Unter dem Ausdruck General Order-Geschäft ist das Aufspeichern von importirten Waaren verstanden, deren Eigenthümer zur Zeit der Ausladung vom Schiffe entweder nicht gegenwärtig oder nicht bereit sind, den gesetzlichen Zoll zu zahlen. Die Regierung hat Ansprüche auf diese Waaren, und so lange diese nicht erledigt sind, so ist der Zolleinnehmer verpflichtet, die fraglichen Waaren so lange in Verwahrung zu nehmen, bis der gesetzliche Zoll von dem Importeur bezahlt ist. Werden am Ende eines Jahres die so in Beschlag genommenen Waaren von dem Eigenthümer nicht beansprucht, und die Zölle nicht bezahlt, so werden dieselben dem öffentlichen Verkauf ausgesetzt, um die Ansprüche der Regierung auf Zölle und Kosten zu decken.

Vom 28. März 1854 ab, an welchem Tage das Gesetz, welches das Waarenlager System einführte, in Anwendung kam, bis zur Administration des Präsidenten Grant wurde keine durchgreifende Untersuchung in die Verwaltung dieses General Order-Systems unternommen. Es ist deshalb nicht auffallend, daß sich Uebelstände während dieser langen Periode eingeschlichen haben. Zu diesen zählt der berüchtigte Verkauf des General Order-Geschäfts unter Präsident Johnson's Regierung für die Summe von $40,000.

Sobald Herr Boutwell Finanzminister wurde, sah er die Nothwendigkeit der Reform und ging sofort an die Arbeit, die Uebelstände so viel wie möglich zu beseitigen.

Reformen unter der gegenwärtigen Administration.

Moses H. Grinnell, der erste Collektor unter der gegenwärtigen Administration in New York, machte Veränderungen in dem „General Order-Geschäft." Klagen wurden gegen das "Cartage System" (Transportation System) bei dem Finanzminister eingebracht, welcher sofort ein Committee zur Untersuchung desselben ernannte; das Committee be-

richtete gegen dieses System, als ebenso nachtheilig für die Regierung als für die Importeure.

Am 25. Mai 1870 wurde daher dieses System durch eine Order des Finanzministers aufgehoben, und ein neues System eingeführt, welches jetzt noch in Kraft und durch welches an jedem Package 21½ Cents für Fuhrlohn erspart wird.

Durch diese Reform werden jährlich $26,000 allein an dem Fuhrlohn für Waaren nach der Appraisers Office von der Regierung erspart.

Eine andere Reform, welche durch den Finanzminister eingeführt wurde, ist die Regulirung des Handhabens mit den Waaren in den öffentlichen Waarenhäusern, welche früher von $103,000 bis $140,000 jährlich und sogar einmal $160,000 kostete, während diese Arbeit später unter Herrn Boutwell durch Contrakt für $70,000 per Jahr geliefert und gegenwärtig mittelst eines neuen Contraktes für $65,000 per Jahr geleistet wird. Dies ist eine Ersparniß von $40,000 per Jahr. Zu gleicher Zeit muß bemerkt werden, daß die Handelskammer diese Arbeiten gegenwärtig mehr zur Zufriedenheit des Publikums findet, als zu irgend einer früheren Zeit.

Eine Untersuchung wurde auch von Herrn Boutwell gegen das Appraisers- (Abschätzungs-) Departement angestellt, um die Unregelmäßigkeiten und die Ansprüche wegen beschädigter Waaren zu ordnen. Man wird sich erinnern, daß der notorische Blatchford-Betrug zu dieser Klasse gehörte, durch welchen die Regierung $2,000,000 verlor. Durch diese Reformen des Finanzministers Boutwell sind die bestandenen Mißbräuche in diesem Zweig der Regierungs-Geschäfte beseitigt.

Das folgende ist eine officielle Tabelle der Operationen der Appraisers Office unter dem gegenwärtigen Beamten, Hon. Wm. A. Darling, welche für sich selbst spricht.

Anzahl der Invoices und Appraisement-Orders, klassificirt und passirt vom 1. Juni 1871 bis zum 1. Juni 1872 201,013
Vom 1. Juni 1870 bis zum 1. Juni 1871 172,655

Zunahme 28,328

Anzahl von Packages empfangen im Appraisers Departement für Examination vom 1. Juni 1871 bis zum 1. Juni 1872.......... 217,855
Vom 1. Juni 1870 bis zum 1. Juni 1871.. 187,371

Zunahme 30,484

Zoll (in Gold) avancirt von passirten Invoices vom 1. Juni 1871 bis zum 1. Juni 1872 ....$1,863,172 47
Vom 1. Juni 1870 bis zum 1. Juni 1871 .... 1,296,737 83

Zunahme $566,434 64

Während die Tabelle eine Zunahme von 14 Procent in den Examinationen von Packages zeigt, so ist ebenfalls eine Zunahme von 50 Procent an Zöllen in der Classifikation unter der gegenwärtigen Verwaltung.

Eine anderweite wichtige Reform wurde vom Finanzminister Boutwell rücksichtlich der Salaire derjenigen Beamten eingeführt, welche in den durch besondere Sicherheit garantirten Lagerhäusern zur Aufnahme importirter Waaren angestellt waren; denn während früher die Regierung diese Beamte bezahlte, müssen die letzteren gegenwärtig von den Eigenthümern und Importeuren dieser Waaren erhalten werden.

Unter der gegenwärtigen Administration ist zum ersten Male das bisher übliche Schmuggeln durch die Wachsamkeit der Zollbeamten faktisch unterdrückt worden.

Der Finanzminister hatte ferner bald nach seinem Amtsantritte die Annahme von Geschenken für Dienste strenge verboten, und entließ summarisch alle Beamten, welchen eine Pflichtvergessenheit in dieser Richtung nachgewiesen werden konnte.

Das „General Order-Geschäft.“

Bis zum Februar 1870 war es Regel, daß die großen Seedampfschiffe ihre Ladung in den Waarenhäusern ihrer eigenen Landungsplätze aufspeicherten und zwar resp. in Jersey City und Hoboken.

Zu jener Zeit hob Collektor Grinnell durch eine Order dieses Verfahren auf, so daß die General Order-Waaren, sobald sie ausgeladen waren, nach den Waarenhäusern in New York geliefert wurden. Dieses war die Ursache des langjährigen Streites. Der Collektor vertheidigte seine Maßregel damit, daß Waaren, welche auf der Jersey Seite aufgespeichert worden, sehr oft gestohlen oder gewechselt worden; daß jene Waarenhäuser stets von Schmugglern umringt waren, und daß es ungerechtfertigt und nachtheilig sei, Waaren in der Verwahrschaft der Schiffscompagnien oder deren Agenten zu lassen, welche gewöhnlich selbst Importeure sind.

Nach einer sorgfältigen Examination schrieb der Finanzminister folgenden Brief an den Collektor:

Treasury Departement, 1. Juni 1870.

Herr!

Ich habe die Papiere bezüglich des Aufspeicherns von Waaren genau untersucht und ich kann keinen guten Grund finden, warum die Waarenhäuser auf den Landungsplätzen der Schiffscompagnien, nämlich auf der Jersey Seite, nicht beibehalten werden können, vorausgesetzt, daß dieselben unter ausschließlicher Controlle der Zoll-Beamten gehalten werden. Ich setze jedoch dabei unbedingt voraus, daß die Officiere von Schiffen, sowie ihre untergeordneten Beamten jeder Art, von diesen Waarenhäusern ausgeschlossen bleiben.

Sollten die Beamten der Dampfschiffe mit diesem Arrangement einverstanden sein, so sehe ich keinen guten Grund ein, warum das Aufspeichern von Waaren in den früheren Lagerhäusern nicht fortgesetzt werden kann.

Respektvoll

Geo. S. Boutwell,
Finanzminister.

An Hon. Moses H. Grinnell,
Zoll-Collektor, New York.

Der Collektor führte jedoch die Rathschläge des Finanzministers nicht aus, indem er einwandte, daß er unter dem Gesetz und mittelst seiner Bürgschaft verantwortlich für die Sicherheit der Waaren sei, und da der obige Brief nicht eine bestimmte Order enthalte, so werde er bei seiner eigenen Maßregel beharren.

Einen Monat später wurde Herr Thomas Murphy zum Nachfolger von Herrn Grinnell ernannt; er behielt jedoch dieselben Maßregeln und denselben Plan seines Vorgängers in dem Waarenhaus-Geschäft bei, bis zwei Monate später die Waarenhäuser von Leet und Stocking ausgewählt wurden, um die General Order-Waaren der Cunard und der North German Lloyd Linien zu empfangen. Zwei Punkte hatten dieses Arrangement veranlaßt. Erstens das Fallissement der Firma, welche bis zu dieser Zeit die Waaren der gegenannten Dampfschiffs-Linien empfing, und Zweitens der günstige Umstand, daß Leet & Stocking die geräumigsten und bequemsten Waarenhäuser in Besitz hatten. Jeder andere Geschäftsmann in New York würde ebenfalls Leet und Stocking zu diesem Zwecke gewählt haben.

Als Herr Arthur in 1871 Zollcolletor in New York wurde, führte er den erwähnten Plan des Finanzministers ein, allein der größte Theil des Geschäftes blieb dessenungeachtet bei Leet & Stocking und zwar nicht deshalb, weil diese Herren, wie angegeben, vom Präsidenten begünstigt seien, sondern einfach deshalb, weil deren Waarenhäuser die meiste Satisfaktion für die Geschäfts-Communität gaben.

Eine andere Klage in dem General Order-Problem waren die Kosten für Aufspeichern und Arbeit. In Ermangelung eines Gesetzes, welches die Kosten bestimmte, wandte sich der Collektor an die Handelskammer mit dem Ersuchen, einen Kostentarif für das Waarenhaus-System vorzuschlagen. Die Handelskammer entsprach diesem Ersuchen, so daß die vorgeschlagenen Preise zur allgemeinen Zufriedenheit von dem Finanz-Departement adoptirt und festgesetzt worden sind.

Zwar behaupten noch immer die Oppositions-Redner, daß dies General Order-Geschäft von dem sogenannten Zollhaus-Ring geführt und ausgebeutet werde. Dies ist jedoch ganz unbegründet. Der folgende Auszug aus einer Correspondenz zwischen dem Collektor Arthur und den Verwaltern der Dampfschiff-Compagnien zeigt deutlich, daß kein Monopol existirt. Das Schreiben der Verwalter der Dampfschiff-Compagnien ist vom 15. März 1872, und das des Collektors vom 16. März 1872 datirt. Von dem ersteren extrahiren wir Folgendes:

„Durch Ihre Order sind wir autorisirt, ein Waarenhaus in irgend einem Distrikte für den Empfang unserer General Order-Waaren zu designiren; indem wir uns dieses Privileginm zu Nutzen machen, werden wir nicht allein unsere eigene Interessen und unsere eigene Bequemlichkeit, sondern auch die unserer Kunden berücksichtigen.

Wir haben die befriedigende Zusicherung, daß der Collektor seine Order nur im liberalen Sinne auslegen; und daß kein Hinderniß irgend einer Schiffs-Compagnie in den Weg gelegt wird, ihr eigenes Waarenhaus zum ausschließlichen Gebrauche sich zu wählen.

Die Dampfschiffs-Compagnien acceptiren deshalb die unzweifelhafte Vortheile, welche ihnen offerirt werden, und wünschen einen praktischen Versuch zu machen.

Chas. C. Francklyn, Cunard Line.
John G. Dale, Inman Line.
F. W. J. Hurst, National Line.
Williams & Guion, Liverpool und G. W. Line.
Henderson & Br., Anchor Line.
Oelrichs & Co., Bremen Line.
Kuhnhardt & Co., Hamburg Line.
Geo. Mackenzie, Gen. Transatlantic Line.

Von dem Schreiben des Collektors entnehmen wir das Folgende:

„Collektor Office,
New York, 16. März 1872.

In Beantwortung Ihres Schreibens erkläre ich hiermit, daß ich mich weder direkt noch indirekt bezüglich der Auswahl Ihrer Waarenhäuser einmischen will; es ist vielmehr mein besonderer Wunsch, daß Sie nur Ihre eigene Wünsche und Interessen wahrnehmen mögen.

Respektvoll Ihr
C. A. Arthur, Collektor."

Diese Thatsachen sind niemals von der Opposition geläugnet, und selbst die New York „Tribune" hat seit der Publikation dieser Correspondenz ein tiefes Schweigen über diesen Gegenstand beobachtet.

Es ist nicht der Zweck dieses Pamphlets eine Vertheidigung für Leet & Stocking zu schreiben, denn diese Herren stehen in keiner Verbindung mit der Regierung und besorgen in keiner Weise irgendwie Geschäfte für die Regierung. Dieselben haben niemals einen Cent von der Regierung für Aufspeichern von Waaren empfangen. Wenn übermäßige Bezahlung von denselben verlangt worden, so ist es Sache der Kaufleute, vor den Gerichten Gerechtigkeit zu suchen und zu erlangen. Es muß hier noch bemerkt werden, daß der sogenannte Waarenhaus-Akt speciell zu Gunsten der Kaufleute passirt wurde, und daß selbst nach dem angeführten Congreß-Akte dies Waarenhaus-Geschäft ein reines Privatgeschäft und in keiner Weise von der Regierung abhängig ist.

Die Kaufleute bezahlen alle Ausgaben und Kosten des Waarenhaus-Systems, die Gehalte der Beamten nicht ausgeschlossen.

Die Beschuldigung wegen politischen Einflusses.

Unter der gegenwärtigen Administration haben drei Untersuchungen bezüglich des New York Custom Hauses stattgefunden, und zwar die erste durch den Finanz-Minister und die beiden anderen durch die

Congreß. Das Resultat war in allen Fällen dasselbe. Das letzte Committee hatte über 2000 gedruckte Seiten von Zeugenaussagen und über 150 Zeugen vernommen. Trotz des ungeheuren Umfanges des Zoll-Haus-Geschäftes sind dennoch alle Unregelmäßigkeiten geordnet oder zum Theil noch im Begriffe, reformirt zu werden. Selbst der Senat-Minoritäts-Bericht anerkennt die Fähigkeit, die Redlichkeit und den Eifer, mit welcher der Finanz-Minister das Custom Haus in New York zu reformiren sucht.

Ueber das angebliche heimliche Einverständniß zwischen dem Präsident und seinen Privat-Secretären bezüglich des New Yorker Zoll-Hauses ist durch die Zeugenaussagen auch gar Nichts bewiesen, nicht ein einziger Zeuge wußte etwas Zuverlässiges darüber zu sagen.

Schluß.

Dieß ist in Wahrheit die treue Darstellung der angeschuldigten Mißbräuche, deren Discussion im Senate Seitens der Opposition nur auf Täuschung und Aufregung berechnet schien. Natürlich war die Oppositionspresse mit tausendstimmigen Verleumdungen gegen die Administration angefüllt und dennoch zeigte sich überall dasselbe Resultat, daß nämlich bei genauer Untersuchung die Anschuldigungen wie Nebel verflogen und daß die Losung der Administration stets „Reform" war. Wir haben gefunden, daß alle neuern Reformen nur im Interesse der Oekonomie, der politischen Moral und der allgemeinen Wohlfahrt eingeführt worden, daß der Schmuggelhandel factisch aufgehoben, daß jedes Monopol in diesem Geschäftszweige beseitigt ist, daß die Kosten der Revenüen-Einnahme in New York unter der gegenwärtigen Administration sich vermindert haben, daß es jetzt der Regierung nur 1½ Cent vom Dollar kostet, die Zölle in den größten Zollämter dieses Landes zu collektiren, daß gegenwärtig zum ersten Male die größte Harmonie und vollständigste Satisfaction sowohl unter den Importeurs und Kaufleuten, als unter den Beamten des Zollamtes vorherrscht und daß die Regierung alle Zölle unverkürzt durch erfahrene treue Beamte collektirt erhält. Es ist ferner in Uebereinstimmung mit allen erhobenen Zeugenaussagen erwiesen, daß die Geschäfte dieses New York Zollhauses unter der wachsamen Controlle des Finanz-Ministeriums strikt nach den Gesetzen und ehrlich verwaltet werden. Wir dürfen daher vertrauensvoll von dem aufrichtigen Publikum die unbedingte Anerkennung dafür erwarten, daß eine Regierung, welche in drei Jahren sich zur Zufriedenheit des Kaufmannsstandes und für das allgemeine Beste eifrigst bemüht hat, eine vollkommenere Geschäftsverwaltung einzuführen, sich um das amerikanische Volk verdient gemacht hat.

☞ Die Adresse des republikanischen Congreß-Committee's ist folgende:

Hon. Z. Chandler, Chairman of Congr. Republican Committee, Washington, D. C. — Porto braucht nicht bezahlt zu werden.

